

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

der äußerste Norden von Katar gilt als ausgesprochen trister Ort. Es gibt dort einzelne Starkstromleitungen und trockene Büsche – und sonst nichts als Ödnis. Ausgerechnet auf dieser Wüstenei ruhen jetzt große Hoffnungen, wenn es um Europas weitere Gasversorgung geht. Denn schließlich lagern dort die drittgrößten der weltweit bekannten Gasreserven.

Vertreter europäischer Regierungen gaben sich in Katar in den letzten Wochen geradezu die Klinke in die Hand. Zunächst sprach dort z.B. Katars Energieminister Saad al-Kaabi mit dem Schweizer Finanzminister Ueli Maurer und wenig später traf der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ein. Seine Verbeugungen waren tief und seine Wünsche hoch angesiedelt: Es ging um Gas aus Katar, das – ginge es nach dem Deutschen – russische Lieferungen alsbald ersetzen soll. Doch Habecks Erinnerung an das Gespräch unterschied sich dann deutlich von der seines Gesprächspartners. Denn während der Deutsche von einer angeblich vereinbarten „Gaspartnerschaft“ sprach, konnte sich al-Kaabi nur an die Übereinkunft erinnern, vor Jahren unterbrochene Gespräche wieder aufzunehmen.

Seine Erinnerung dürfte der Realität näherkommen als die des deutschen Ministers. Denn selbst wenn Katar es wollte, könnte es kurz- oder mittelfristig gar keine nennenswerten Gasmengen nach Deutschland liefern: „Unsere Kapazitäten sind mehrheitlich in langfristigen Verträgen mit Asien gebunden. Das erlaubt uns leider nicht, kurzfristig größere Mengen abzuzweigen und nach Europa umzuleiten.“

Die verzweifelten Europäer – und insbesondere Deutschland – erleben damit ihr energiepolitisches Waterloo. Sie erfahren jetzt, wie unvernünftig es war, sich bezüglich des derzeit und in naher Zukunft wichtigsten Energieträgers im Wesentlichen auf einen „Großanbieter“ zu verlassen. Dies schien über einige Jahrzehnte hinweg völlig problemlos zu sein, auch das muß gesagt werden, weil allen bisherigen Krisen zum Trotz das russische Gas zuverlässig in Richtung Westen strömte. Doch nun hat sich die Welt geändert und man erfährt nicht nur in Deutschland schmerzhaft, daß verlässliche Energielieferanten nicht von jetzt auf gleich neu aufgetan werden können.

Katar wiederum kam wegen der in den 1990er Jahren zeitweise stark fallenden Ölpreise zum jetzt lukrativen Gasgeschäft. Statt das bei der Ölförderung austretende Erdgas einfach weiterhin abzufakeln, wurde eine Anlage zur Verflüssigung aus dem Boden gestampft. Diese sich nach heutigem Kenntnisstand als goldrichtig erweisende Entscheidung (erst das Gas machte Katar „so richtig reich“) trug ebenso zu Katars heutigem Selbstbewußtsein bei wie der im Jahr 2017 von den arabischen Nachbarn vollzogene Boykott, weil das Land radikal-islamistischen Organisationen zu nahegestanden hatte. Jetzt legt man in Katar augenscheinlich besonderen Wert auf Selbständigkeit, sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Doha hat sich bezüglich des gegenwärtigen Ukrainekrieges zwar verbal auf die Seite des Westens geschlagen, sich bis jetzt aber nicht an den gegen Russland beschlossenen Sanktionsmaßnahmen beteiligt.

Und es sind nicht nur die in Deutschland noch fehlenden Hafeneinrichtungen zum Löschen von Flüssiggas, die eine schnelle Abkehr vom aus Russland stammenden Gas verhindern. Denn als Naturprodukt hat auch Erdgas – wie das Erdöl – eine je nach Herkunftsland unterschiedliche Zusammensetzung. Soll das Öl oder Gas nicht nur verbrannt werden, ist dies eine entscheidende Frage, wenn es um die Weiterverarbeitung geht. Und in der chemischen Industrie, um nur einen Bereich zu nennen, wird eben nicht nur Erdöl weiterverarbeitet, sondern auch Erdgas. Eine Umstellung der Anlagen auf chemisch leicht anders zusammengesetzte Rohstoffe dürfte zwar in vielen Fällen möglich sein, aber sie würde nicht nur viel Geld kosten, sondern auch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Zeit, die eigentlich nicht verfügbar ist, soll es nicht zu folgenschweren Unterbrechungen ganzer Produktionsketten kommen.

Deutschland und einer Reihe weiterer europäischer Staaten wird deshalb allen Anstrengungen zum Trotz nichts übrigbleiben, als für zumindest einige Zeit noch auf weiterhin verlässlich fließendes russisches Erdgas zu hoffen. (tb)

2 **China warnt die USA vor offiziellen Taiwan-Reisen**

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhao Lijian, warnte die USA davor, die Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, offiziell nach Taiwan reisen zu lassen. Die chinesische kommunistische Partei sei entschlossen, bei Zuwiderhandlungen „Konsequenzen“ für die USA folgen zu lassen. Ein Grund für diese feindselige Äußerung dürften Raketenlieferungen der USA an Taiwan sein, die Peking ein Dorn im Auge sind. Die ohnehin belasteten Beziehungen der beiden Supermächte haben damit eine neue Eskalationsstufe erreicht. (eh)

3 Blamabler Empfang im Weißen Haus

Ein Video über einen Präsidentenempfang im Weißen Haus, das von amerikanischen Nachrichtensendern gesendet worden ist, verbreitet sich nun auch über das Internet. Es zeigt den triumphalen „Wiedereinzug“ Barack Hussein Obamas ins Weiße Haus im Rahmen eines Empfangs. Während der aktuelle Präsident Joseph Biden beinahe tragisch umherirrt und Anschluss an Parteigenossen sucht, die sich für ihn aber nicht zu interessieren scheinen, wird Obama dagegen gefeiert und belagert.

Der nicht nur auf diesem Empfang gesundheitlich angeschlagen wirkende Biden scheint als Präsident politisch eine immer unwichtigere Rolle zu spielen. Die wichtigen Entscheidungen dürften also längst an ganz anderer Stelle getroffen werden. Jetzt muß mit immer mehr Spannung erwartet werden, ob bzw. wann Biden seine Ankündigung aus dem Wahlkampf umsetzt, laut der er sich im Falle fehlender „Tragfähigkeit“ als „gesundheitlich angeschlagen“ abmelden und als Präsident zurückziehen würde. Die „Midterm Elections“ (Zwischenwahlen für alle Kongressabgeordneten und ein Drittel der Senatoren) am 2. November werden vor diesem Hintergrund zu einem möglicherweise entscheidenden Datum. (eh)

4 EU beschließt Kryptowährungsregulierung und neue Überwachungsdimension

Über die sogenannte Geldtransferverordnung (Transfer of Funds Regulation / TFR) als Teil der Antigeldwäschereichtlinien der EU-Kommission hat diese nun de facto eine Totalüberwachung der Kryptokonten beschlossen. Bei jedem grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr müssen in Zukunft sämtliche Daten über Kryptowährungsbestände (z.B. Bitcoin) und die Identität der jeweiligen Geschäftspartner erfasst und den Behörden mitgeteilt werden. Im Ergebnis dürfen Kryptodienstleister keine Zahlungsaufträge mehr ausführen, bei denen private „Wallets“ (mobile Kryptowährungskonten, die als vor dem Zugriff jeglicher Dritter – auch Behörden – sicher gelten) beteiligt sind. Der zukünftige Gebrauch von Kryptowährungen könnte damit so gut wie unmöglich gemacht werden. Dieser möglicherweise nicht zu Ende gedachte Schritt der EU aus Überwachungs-ideologischen, totalitären Gründen könnte nach Auffassung mancher Beobachter auch zu einem Platzen der Kryptowährungsblase führen. Wenn nämlich der Gebrauch von Kryptowährungen nur noch sehr eingeschränkt möglich ist, taugen diese als Wertaufbewahrungsmittel oder Zahlungsmittel auch nur noch sehr eingeschränkt.

Seitens der offenbar totalitär denkenden EU-Bürokraten dürfte dies der verzweifelte Versuch sein, einerseits die Flucht aus den als zunehmend unsicher erachteten Papierwährungen wie Euro oder Dollar aufzuhalten und andererseits die unabhängigen Kryptowährungen zugunsten einer ebenfalls digitalen Zentralbankwährung zu beschädigen und damit aus dem Markt zu entfernen. Es ist ein typisch sozialistisch-totalitärer Verbotsansatz, der mutmaßlich Vater des Gedankens war. Auf der Strecke blieb damit wieder einmal der marktwirtschaftlich erprobte Anreizgedanke. Nicht das „bessere“ Geld soll sich durchsetzen, sondern das „schlechtere“, weil von Bürokraten kontrollierte. Es ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zur totalen Enteignung und Überwachung der Bürger Europas. (eh)

5 Der Holodomor

Unabhängig von jeder Schuldfrage bleibt nüchtern festzustellen, daß der Ukrainekrieg auch auf grausame Weise deutlich machte und macht, in welcher verschiedener und teilweise widersprechender Weise sich die Geschichtsschreibung in der Ukraine und in Russland entwickelte. Da man auf die meisten Mißstände besser und erfolgversprechender reagieren kann, wenn man die historische Entwicklung kennt, soll an dieser Stelle auf die Hungerkatastrophe der 1930er Jahre, den sogenannten „Holodomor“ eingegangen werden. Es handelt sich dabei um eine von Stalin herbeigeführte „Tötung durch Hunger“, die Menschen in der gesamten Sowjetunion quälte. Doch während man in der Ukraine spätestens seit 1991 von einem Genozid spricht, wollte und will man auch im heutigen offiziellen Russland davon lieber nichts wissen, die Hungersnot mit ihren sechs bis acht Millionen Opfern spielt in der dortigen Erinnerungskultur praktisch keine Rolle.

Es war eine politisch hervorgerufene Katastrophe, deren wichtigste Ursache nach heutigem Forschungsstand in einer brutalen staatlichen Getreiderequisition im Zuge der von Stalin verfügten Zwangskollektivierung der Landwirtschaft bestand. Seit Ende der 1920er Jahre zielte die von Stalin eingeleitete „Revolution von oben“ bekanntlich darauf ab, mit einer forcierten Industrialisierung, Zwangskollektivierungen (z.B. in der Landwirtschaft) und der Verfolgung Andersdenkender (vermeintlicher Feinde) aus der Sowjetunion einen modernen Industriestaat zu machen und zugleich die eigene Macht zu festigen. Wer Widerstand leistete, wurde bestenfalls zwangsverschleppt.

Es kam nicht nur, aber insbesondere unter den ukrainischen Bauern gleichwohl zu erheblichen Widerständen. Viele Bauern machten lieber ihre eigenen Betriebe dem Erdboden gleich und verübten Anschläge auf Parteifunktionäre. In der Folge – und durch zwei Missernten zusätzlich beeinträchtigt – gingen die Erträge dramatisch zurück. Stalins Funktionäre reagierten darauf aber nicht mit einer Verringerung der vorab festgelegten Zwangsablieferungsmengen. Bewaffnete Brigaden durchkämmten vielmehr das Land und raubten den Bauern das buchstäbliche letzte Getreidekorn, während auf den Straßen schon die ersten Menschen verhungerten. Stalin focht dies alles nicht an. Er erließ stattdessen strenge Reiseverbote und selbst auf erste Berichte über hungerbedingten Kannibalismus in einigen abgelegenen Dörfern schickte er nur Geheimpolizisten zur Aufklärung der Taten. Das zwangsweise eingesammelte Getreide wurde ins Ausland verkauft. Man brauchte schließlich Devisen, um die Industrialisierungspläne weiterführen zu können.

Den zahlenmäßig größten Anteil an den Hungertoten gab es mit 3,5 Millionen in der Ukraine zu beklagen. Am meisten litten die Menschen in den ländlichen Regionen, am wenigsten in der Industrieregion des Donbass, die als Vorzeigeregion der stalinistischen Industrialisierung Sonderrationen erhielt. Weil die Hungersnot zeitlich mit Säuberungsaktionen der sowjetischen Geheimpolizei gegen die ukrainische Elite aus Wissenschaft, Kultur, Kirche und Politik zusammenfiel, liegt die Vermutung eines von Stalin bewußt herbeigeführten Zusammenhangs nahe.

Nachdem die Nazis den Holodomor kurzzeitig für ihre Propaganda zu instrumentalisieren versucht hatten, konnte eine offene Diskussion erst in der Perestroika-Zeit beginnen. In der Ukraine pflegt man seitdem eine staatlich überwachte ehrende Erinnerungskultur mit zahlreichen Gedenkstätten, in Russland erlangte der Holodomor dagegen kaum Bedeutung. In der Geschichtsforschung ist man noch uneins, ob man darin den von der Ukraine stets behaupteten Genozid sehen kann – ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit wird aber stets angenommen. (tb)

6 EZB missachtet Geldwertstabilität

Eigentlich ist die EZB (Europäische Zentralbank) in ihrer Zins-Politik vor allem der Geldwertstabilität verpflichtet. Das bedeutet, daß die Notenbankpolitik primär im Sinne der Geldwertstabilität des Euros handeln muß und erst sekundär weitere politische Ziele, wie z. B. die Harmonisierung der Zinssätze oder arbeitsmarktpolitische Ziele, verfolgen darf. Mittlerweile mehren sich die Stimmen, die angesichts einer sich beschleunigenden Inflation die EZB an ihre Inflationsbekämpfungsverpflichtung erinnern.

Die Preissteigerung hat insbesondere in geldmarktabhängigen Bereichen, wie z. B. dem Immobiliensektor, Bausektor und Rohstoffsektor, Ausmaße erreicht, die seit den 1970er Jahren nicht mehr beobachtet werden mußten. Die Inflation hat in Teilbereichen längst die 30%-Marke durchbrochen, alleine im Rohmetallbereich haben sich die Preise für einzelne Materialien im Jahresvergleich bereits verdoppelt. Es dürfte jetzt nur noch eine Frage der Zeit sein, bis diese – salopp ausgedrückt – durch die „Notenpresse“ erzeugten Preissteigerungen ihre gesellschaftliche Zerstörungskraft offenbaren werden.

Wie der Autor in „Wirtschaft aktuell“ bereits mehrfach darlegte und begründete, drohen wir ohne entsprechendes Gegensteuern seitens der Notenbank jetzt in eine Inflationsspirale zu geraten, die die Welt seit den 1920er Jahren nicht mehr gesehen hat. Zu erschreckend sind die Parallelen zu den 1920er Jahren im Hinblick auf vorausgegangene geldmarktpolitische Überhitzungen, künstliche Angebotsverknappungen (seinerzeit Generalstreik im Rheinland, jetzt massive Produktionsausfälle infolge der „Corona-Lockdowns“) sowie eine von Zwängen und Ideologie getriebene politische Landschaft. Festzuhalten bleibt, daß die nun einsetzende Inflation nicht marktgetrieben, sondern eher politisch gewollt (u.a. „Abwertung“ der massiven Staatsschulden), interventionsgetrieben und insgesamt gesehen das Resultat einer verantwortungslosen Geldmengenexpansionspolitik der Notenbank ist. (eh)

7 Deutsche Wirtschaft wird „kaputtsabotiert“

In keinem Land Europas sind die für die Wirtschaft „überlebensentscheidenden“ Energiekosten so hoch wie in Deutschland. Dabei ist nur ein kleinerer Teil dieser immer höheren Kosten durch gestiegene Marktpreise für Öl, Gas oder Kohle zu rechtfertigen. Der größere Teil dieses „Kostenberges“ ist bewusst durch die deutsche Politik verursacht worden. Die CO₂-Steuer, verschiedene Auflagen oder steigende Mineralöl- und Umsatzsteuern (sofern nicht als Vorsteuer abziehbar) auf die Energie sind nur einige Beispiele politisch induzierter Verteuerung in Deutschland.

Zu Recht wird die deutsche Energiepolitik im Ausland deshalb oft als „die dümmste der Welt“ bezeichnet. Ideologiegetrieben wurde den wohl viel zu oft von „grünen“ Lobbyisten korrumpierten politischen Funktionären eine „Energiewende“ politisch diktiert, wobei man deren katastrophale Folgen bestenfalls nicht bedachte und im schlimmsten Fall sogar anstrebte. Daß gravierende Fehleinschätzungen und Falschinformationen in der Vorbereitung der sogenannten „Energiewende“ schon frühzeitig bekannt waren, belegen jedenfalls diverse parlamentarische Diskussionen und veröffentlichte Experteneinschätzungen. Es stellt sich also die Frage, warum diese „dümmste Energiepolitik der Welt“ dennoch in Deutschland geradezu durchgeprügelt wurde und wird?

Mittlerweile mehren sich in energieintensiven Branchen (z.B. Aluminium oder Papier) wirtschaftliche Zusammenbrüche. Zunehmend sind die Firmen dazu gezwungen, zumindest ihre Produktion zu drosseln, wenn sie nicht sogar insolvenzbedingt aufgeben müssen. Und immer mehr Unternehmen stehen kurz vor dem Kollaps und dürften bei einer Fortführung dieser absurden künstlichen Energieverteuerung durch die Bundesregierung die kommenden Monate und Jahre nicht mehr überstehen. Einen interessanten Hinweis auf die erheblichen Gefahren dieser Sabotagepolitik gab nun der Vorstandsvorsitzende der Bayer AG, Werner Baumann: Er mahnte zu Recht an, daß mit der bewussten Zerstörung vieler Industrien durch die Energiepolitik Lieferketten irreparabel unterbrochen werden, was immer neue „Dominoeffekte“ nach sich ziehen wird.

In Investmentkreisen diskutiert man aus diesen Gründen bereits über das mögliche Ende der Globalisierung und insbesondere des Industriestandorts Deutschland. Seitens der Bundesregierung wird man wohl auch diese drohende Entwicklung im Sinn gehabt haben, als es kürzlich zu ersten Warnungen vor wahrscheinlichen Wohlstandsverlusten kam. Daß diese weniger kriegsbedingt, sondern weitgehend „hausgemacht“ sein dürften, wurde bisher aber wohlweislich verschwiegen. (eh)

8 Umweltschutz?

Im Schatten des Ukrainekrieges und der damit tendenziell unsicher gewordenen Versorgung mit insbesondere Erdgas starteten Anfang April ausgerechnet die grünen Politiker Steffi Lemke (Bundesumweltministerin) und Robert Habeck (Bundwirtschaftsminister) einen Großangriff auf den deutschen Arten-, Landschafts- und Naturschutz. Sie nennen es verharmlosend „Eckpunkte für einen naturverträglichen Windkraftausbau“ und streben tatsächlich eine „Verspargelung“ auch der letzten noch verbliebenen Naturräume an. Mit dem neuen Gesetz würden laut Lemke „Bremsklötze beseitigt“, was sich in der Realität als ein dramatischer Abbau demokratischer Einspruchsrechte bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen erweisen wird.

Begründet wird dieser eindeutige Demokratieabbau von den grünen Ministern mit einer in den letzten Jahren noch einmal deutlich gestiegenen Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten. Diese Entwicklung ist nicht von der Hand zu weisen, doch den dafür wesentlichen Grund verschweigen Lemke und Habeck aus gutem Grund: Es ist die von den Grünen maßgeblich mitgetragene und auch jetzt noch verteidigte Stilllegung der letzten deutschen Kernkraftwerke. Ob mehr Windräder vor allem in Deutschlands Norden überhaupt zur Problemlösung beitragen können, darf auch unabhängig von deren nicht zu leugnender Wetterabhängigkeit bezweifelt werden. Es fehlt schon jetzt an hinreichend dimensionierten Stromleitungen für den Abtransport der bei starkem Wind produzierten Strommengen, so daß es zwangsweise zu immer mehr „Lastabwürfen“ kommt. Und während die Grüne Kathrin Göring-Eckard einmal ausrief, daß jeder Schmetterling und jede Biene sich des Schutzes durch die Grünen sicher sein dürfe, nehmen Lemke und Habeck jetzt billigend in Kauf, daß die sich schnell drehenden Windräder Insekten und Vögel regelrecht „schreddern“, wie auf dem Boden vorzufindende Kadaver zeigen.

Es sind eindeutige Verstöße gegen deutsches und europäisches Naturschutzrecht, die mit dem Trick einer Einordnung der Windkraft- und Solaranlagen als im Interesse der öffentlichen Sicherheit stehend legalisiert werden. Lemke und Habeck unterstützen damit eine ihnen nahestehende Ideologie, wirklicher Natur- und Umweltschutz sieht anders aus! (tb)

9 „Wende“ für die „Energiewende“?

Abgesehen von der Ölreserve (für rund 90 Tage) gibt es in Deutschland praktisch keine gesetzlich vorgeschriebene Energie-Bevorratung. So konnte es möglich werden, daß derzeit die Gasspeicher nicht voll, sondern nur zu einem relativ geringen Teil gefüllt sind. Nennenswerte Vorräte an Stein- oder Braunkohle gibt es so gut wie gar nicht. Kraftwerke, die Stahlindustrie und andere Kohleverbraucher haben nur Vorräte für wenige Tage und sind deshalb auf laufende Anlieferungen angewiesen. Braunkohle ist im Übrigen der letzte verbliebene Energieträger, der nach heutigem Stand im Inland noch für einige Jahrzehnte gefördert werden kann (sofern dies politisch gewünscht wird). Sie wird vor allem für die Verstromung genutzt, wobei die Kraftwerke aus logistischen Gründen am besten in der Nähe der Förderorte angesiedelt sein sollten. Zu lange Transportwege machen die Verstromung schnell unwirtschaftlich. Die Braunkohle-Kraftwerke liefern derzeit rund ein Drittel des deutschen Strombedarfs, weshalb sie nach der weitgehenden Abschaltung der Kernkraftwerke getrost als das letzte verbliebene Rückgrat der deutschen Stromwirtschaft bezeichnet werden dürfen.

Trotz aller derzeitigen Fährnisse für die deutsche Energieversorgung zeigt man sich in der deutschen „Ampel“-Regierung offiziell noch nicht bereit, das für den 31.12.2022 anvisierte, endgültige Ende der Kernkraftnutzung infrage zu stellen. Man vertritt stattdessen noch immer die These, mit einer verstärkten Stromproduktion aus Windkraft- und Solaranlagen Deutschlands Abhängigkeit von Energieimporten wesentlich verringern zu können. Dabei werden nach wie vor technische Grundlagen gelehrt. Es gibt ganz einfach viel zu viele Wochen im Jahr, während denen es an Wind und nennenswertem Sonnenlicht mangelt. Soll dann die Stromversorgung aufrecht erhalten werden, müssen „Ersatzkraftwerke“ schnell und verlässlich einspringen. Weil sich rein technisch dafür gasbetriebene Anlagen mit am besten eignen, setzte die deutsche Stromwirtschaft bisher fast ausschließlich auf diesen Brennstoff. Daß es einmal zu Versorgungsengpässen kommen könnte, hatte bisher praktisch niemand auch nur ansatzweise befürchtet.

Unabhängig von seinen kürzlichen Reisen zu potentiellen Flüssiggas-Lieferanten treibt Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) die von seiner Partei maßgeblich vorangetriebene „Energiewende“ unverdrossen voran. Allein die damit für den Strombereich verbundenen Umstellungskosten belaufen sich auf jährlich (!) 50 Milliarden €. Dabei wird sich die von manchen Medien über den grünen Klee gelobte Abschaffung der „EEG-Umlage“ zum 1.7.2022 noch als reine Augenwischerei erweisen. Denn die (teilweise überhöhten) Vergütungen für die Produzenten „grünen“ Stroms fließen auch weiterhin, jetzt nur aus der Steuerkasse. Bezahlen müssen damit nach wie vor wir alle.

Die infolge des Ukrainekrieges eingetretene Energiekrise macht die zumindest teilweise Sinn- und Zwecklosigkeit der in Deutschland bisher sehr „ernsthaft“ verfolgten Energiewende deutlich. Immer mehr Experten fordern deshalb eine erneute Prüfung der Vorhaben und ein teilweises Umdenken, wobei auf politische und ideologische Vorgaben keinerlei Rücksicht genommen werden sollte. Im Endergebnis könnte dann sowohl ein verlängerter Betrieb mancher deutscher Kernkraftwerke stehen als auch ein ernsthafter Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft. Und vielleicht müßten sich dann manche grün-alternative „Verhinderer“ – die bisher z.B. den Bau jedes Flüssiggasterminals heftig bekämpften – auch fragen lassen, wie sie zur sachlich-nüchternen Blickweise ihrer bisherigen „Grünen-Ikone“ Robert Habeck stehen, der erst kürzlich (s.o.) auf „Flüssiggas-Einkaufstour“ gegangen war . . . (tb)

10 Greenpeace-Chefin wird zur „Klimabeauftragten“

Mit der Ernennung der ehemaligen Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan zur „Klimabeauftragten“ der Bundesrepublik Deutschland (wir berichteten) paaren sich gleich mehrere Skandale in Bezug auf diese Personalie. Weil Morgan über keine und für ein hohes Regierungsamt erforderliche deutsche Staatsbürgerschaft verfügt, wurde z.B. ein bislang noch nicht dagewesenes Sonderkonstrukt gewählt, um ihr sofort die Einflußmöglichkeiten einer Staatssekretärin einzuräumen, obwohl sie mangels deutscher Staatsbürgerschaft dieses Amt gar nicht ausüben dürfte. Sie ist deshalb zunächst „Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik im Auswärtigen Amt“ unter ihrer grünen Netzwerkfreundin Annalena Baerbock. Sie beide verbinden mehrere Kontakte in internationalen Netzwerken.

Noch dramatischer ist allerdings der Umstand, daß Morgan als ehemalige Chefin und damit Lobbyistin der profitorientierten Organisation Greenpeace jetzt über Staatsgelder entscheiden kann, die möglicherweise auch zugunsten ihrer früheren Lobbyorganisation gelenkt werden könnten. Mit ihr wird gleichzeitig auch ein weiteres Mitglied aus dem „Young Global Fellow Leader“-Programm des von dem Deutschen Klaus Schwab dominierten „World Economic Forum“ (WEF) Teil des neuen deutschen Regierungsapparates. Die zum Teil als Radikalagitorin bekannte Aktivistin ist für ihren ideologisch aufgeladenen Kampf gegen das produzierende Gewerbe und damit das Herz der deutschen Wirtschaft (und des Wohlstandes) sehr wohl bekannt. Sie dürfte nun zu einer kräftigen Unterstützerin bei der Umsetzung des gegen große Teile der deutschen Wirtschaft gerichteten „Great Reset-Programms“ des WEF werden.

Nunmehr bleibt abzuwarten, in welchem Umfang zukünftig internationale Organisationen, die der ehemaligen Greenpeace-Cheflobbyistin und ihrer „WEF-Bekanntnen“ Annalena Baerbock zugetan sind, mit öffentlichen Geldern bedacht werden. Die Gefahr einer Veruntreuung deutscher Staatsmittel ist mit dieser Personalie zweifelsohne gewachsen. (eh)

11 Für Sie aufgelesen:

„Es gilt als taktlos, einem Hypochonder Gesundheit zu wünschen.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Bisingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggmann (tb), Dr. Eike Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.